Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 2
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 20 und 82. Postfach 39

DISSIPAT ATQUE FOVET 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00.
Zeilenpreise: Die Kleinspaltene 40 mm-Zeile 0,45 Frk., Reklamezeile 1.10 Frk. Amtliche Anzeigen 30 Cts.

Nr. 271 — Saarlouis, Freitag, den 23. November 1928. — 57. Jahrgang

Reparations-Vorverhandlungen.

Französischer Kabinettsrat über die Reparationsfrage.

Paris, 23. Nov. Der heute vormittag abgehaltene Kabinettsrat war einem Meinungsaustausch über die Frage der Reparationsregelung, der Räumung der französischen Sachverständigen bei den deutschen Ministerien und der Bestimmung des Ortes, an dem die Sachverständigenkonferenz zusammentreten wird, gewidmet. Nach Informationen von Regierungskreisen soll bestimmt sein, daß die Wahl der französischen Regierung auf den Gouverneur der Bank von Frankreich, Mr. Rist, als den Vorsitzer der Reichsverwaltungsrat, als Vertreter Frankreichs im Sachverständigenausschuß gefallen sei. Hinsichtlich des Tagungsortes ist noch kein Beschluß gefaßt worden.

Belgische Vorbereitungen für die Sachverständigen-Konferenz.

Brüssel, 22. Nov. Die belgische Regierung hat mit der interessierten Abordnungen das Ersuchen der Zusammenkunft der Sachverständigenkommission zur Prüfung der Reparationsfrage noch im laufenden Monat zu bestimmen und noch reiflicher Erwägung in dieser Hinsicht vorgenommen, indem sich es der Ministerrat für angebracht, schon jetzt bevorzugende Vorbereitungen und den Vorschlägen zum Studium der Fragen zu betrauen, die den Sachverständigen unterbreitet werden sollen. Ministerpräsident Jaspar hat diese Mission übernommen.

Briand und Tyrell.

Paris, 22. Nov. Der Chef de Paris überfiel zu Ver Unterredung, die Außenminister Briand gestern mit dem englischen Botschafter, Sir William Tyrrel, hatte, der englische Botschafter habe bereits von der Frage der Reparationsfachverständigen zu behandeln, deren Ministerpräsident Poincare neue Mitteilungen übermittelt. Sein gestriger Besuch am Quai d'Orsay habe geweissen zu sein, daß die Verhandlungen hinsichtlich durch Vermittlung der an der Frage interessierten Mächten geführt werden. Es scheine immer mehr gewiß, daß die Mission der Sachverständigen letzterhalb ganz klare Grenze gezogen werde. Folglich werde die von Berlin gefaßte, aber französischerseits bis 1924 für abgeschlossen erklärte Debatte unsichtbar nicht vermieden werden. Die Formel von der Reparationskommission genannt werden, deren eventuelle Verhandlungen wie 1924 die Reparationsfachverständigen zu Verfügung stellen werde. — Das Journal meint als möglichen Ort der Zusammenkunft des Finanzsachverständigenausschusses zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage auch Genf. Auf Berlin spreche man vorläufig zu haben.

Keine Freigabe des beschlagnahmten deutschen Vermögens durch England.

Berlin, 22. Nov. Während noch den allgemeinen nationalsozialistischen Beschlüsse vor dem Weltkriege das Provisorium der friedensmäßigen Kulturarbeit, die sich auf die Beziehungen und die Gegenwart, die Hoffnungen und schließlich wirtschaftlicher Konkurrenzneid mit solchen Kulturmitteln Schritt gemacht. Die erste Tagung der Vereinigten Staaten, die die Vorarbeit einer solchen Kriegsführung ablehnten und in der bekannten Friedensbeit weiterhin in großen Zügen den internationalen Kulturbeziehungen der Vorkriegszeit anschließlich anerkannten. Auch sind heute die meisten der ehemaligen Feindbundstaaten von den Bestimmungen des Versailler Vertrages, welche Ihn und die Beschlagnahme und die Liquidation deutschen Eigentums besitzen, entweder keinen Gebrauch gemacht oder doch bisher auf die Anwendung dieser Bestimmung anderseits verzichtet, wiederum jedoch eine entgegenkommende Haltung einnommen. Lange Frankreich hat mit Mitteilung vom 30. Oktober 1925 auf das Recht Gebrauch gemacht, ich bei einem Vertrag in den Reparationsbestimmungen an deutschen Nachfriedensverträgen schließen zu dürfen.

Unsere wirtschaftlichen Interessen, wenn angesichts rechnet Englands für bisherige beschlagnahmte Gut, wie die wirtschaftlichen Bestimmungen ab ohne zu legen, sondern doch so sollen der englische Premierminister auf eine Anfrage, wie sich die englische Regierung zu einer Abänderung der Bestimmung auf Grund der Artikel 296 und 297 des Versailler Vertrages und der entsprechenden Artikel der anderen Friedensverträge mit den ehemaligen feindlichen Ländern stellt, die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums ausdrücklich abgelehnt hat. Er hat hinzugefügt, daß dieses Eigentum zur Begleichung deutscher Vorkriegsschulden und zur Ersetzung von englischen Kriegsschäden verwendet werden soll. Es muß eine letzte durch die Kriegsgesetzgebung einem Verlust erleiden hätten. Ein nach Verzichtung dieser Forderungen einen verbleibenden Überschuß werde auf die Reparationsverpflichtungen entgegenkommen werden.

Herr Balfour ging sogar so weit, die Verlängerung der Verfügungsbefugnis des von jenen Bestimmungen gebildeten Komitees zu behaupten, wonach die Freigabe in England beschlagnahmten Gutkonten von Angehörigen der ehemaligen feindlichen Staaten dann empfohlen wird, wenn es sich um Beträge unter 500 Pfd. und um unbedenkliche rechtmäßige erworbenen Bestimmungen handelt. „Man muß es aber äußerste bedauern, daß eine die unentschlossene Haltung der englischen Regierung nicht dazu angetan sein kann, die Verhandlung wenigstens Wirtschaftsgebiete zu Verständigung zu erleichtern. Im Übrigen hat sich bereits die deutsche Regierung gegenüber der englischen Botschaft Ablehnung gegeben mit der Haltung einer Liste seiner Dominions, Schutzstaaten und Kolonien haben bekanntlich

Der Eisenkonflikt geht weiter.

Essen, 22. Nov. Zu der Erklärung der Arbeitgeberverbände über die Düsseldorfer Verhandlungen, haben die drei Metallarbeiterverbände folgenden Aufruf an die Arbeiter erlassen:

Die Erklärung der Arbeitgeberverbände übergeht in Lüge und die Stellungnahme der Gewerkschaften in den Verhandlungen am 17. November mehrere wichtige Tatsachen. Die Gewerkschaftsvertreter in der keinen Kommission fielen fest, daß sie sich zu Verhandlungen nur unter zwei Bedingungen bereitgefunden haben. Diese Bedingungen waren: 1. Wenn über Einzelfälle von Lohn- und Arbeitszeitfragen verhandelt würde, die bei Beziehsfälle hinzugegangen werden müßten. 2. Daß alle Verhandlungsvorschläge von der endgültigen Formulierung und Unterzeichnung der zuständigen Gewerkschaftsleitungen zur Beschlußfassung vorgelegt werden müßten. Keiner von beiden Bedingungen wurde von der Arbeitgeberseite zugestanden. Es wurde verlangt, daß über die Verhandlungen der keinen Kommission Stillschweigen bewahrt und einzelne Ergebnisse nicht veröffentlicht werden sollten. Die Gewerkschaftsvertreter in der keinen Kommission gaben deshalb in der Schlußfassung die Erklärung ab, daß sie den weiteren Verhandlungen die Beziehsfälle hinzugegangen werden müßten. Am Montag haben die Arbeitgeber in der erweiterten Verhandlungskommission den Standpunkt vertreten, daß mit nach unverbindliche Handlungen der Verhandlungsergebnisse vom 17. November zurückzuhalten seien. Dann kamen die ganzen Verhandlungen zum Stillstand.

Wahl eines neuen österreichischen Bundespräsidenten.

Wien, 22. Nov. Der österreichische Bundespräsident Dr. Hainisch hat nach einer amtlichen Mitteilung an einen Vertreter der Bundesregierung bei der nach Neuwahlrecht und dem Bundesrat beteiligte Bundesversammlung für Mittwoch, 5. Dezember, 9 Uhr nachmittags, zur Wahl eines Bundespräsidenten einberufen. Der Präsident des Nationalrates wird in dieser Bundesversammlung den Vorsitz führen.

Hermann Sudermann †

Berlin, 22. Nov. Hermann Sudermann ist gestern nachmittag im Franziskus-Krankenhause gestorben. Sudermann hatte vor einer Woche seinen Wohnsitz in Berlin-Grunewald nach Berlin übersiedeln lassen. In den letzten Tagen ist eine Lungenentzündung eingetreten.

Saarländische Streiflichter.

E. S. Saarlouis, 22. November 1928.

Gestern war ganz Saarlouis in Bewegung durch die geschmückten Straßen unserer Stadt die letzten Truppen des noch heldenhaften Kämpfen über eine Jahre hindurch elfer Welt von Feinden Rundgestalten hatten, unbeliebt ihre Stadtter Hymne. Mit Freude und Jubel empfangen, lich die Menschen in den Getzen der deutschen Saarlouiser Bevölkerung Schmerz und Trauer preist. Lag noch das Schicksal des Saargebiets vollkommen im dunkeln. Eins war jedoch gewiß, und darin waren sich alle einig, wie und nimmer würde man zufrieden sein mit einer Fremdenherrschaft. Man war bereit, wollte von einem Wechsel der Nationalität nichts wissen. „Lorent et fouls" (Lorent und fuls) war der „Kampfruf" der französischen Truppen, deren Chef um eine feierliche Begrüßung durch Stadtverwaltung und Bürgerschaft ersuchte. Dafür lautete Antwort wurde ihm durch die Stadtverordnetenversammlung, die heute abend vor zwei Jahren zusammentrat, und die solches einstimmig (ohne sachlich vorgeschriebene) Ersuchen einstimmig ablehnte. Wie falsch schon früher nachdem die Verordnung Mr. Tardieus zurückgezogen, der in letzter Denkschrift von einem verjüngten deutsch-französischen Saargebiet bestätigt hatte. Es ist unwahr! Das offizielle deutsche Westfalen über das Saargebiet sagt darüber aus: „Am Vorabend des 21. November 1919 marschierten die letzten französischen Truppen durch die Stadt Saarlouis, die Ihnen zu Ehren mit Fahnen, Girlanden und Ehrenpforten geschmückt war. Die letzteren der nach dem Durchmarsch wurde der Schmuck abgenommen. Gegen Mittag rückte der französische Bataillon ein und erklärte die Stadt für besetzt. Jede Begrüßung und Kundgebung seitens der Bevölkerung unterblieb. Auch den Straßen hatte sich nur eine geringe Menge Neugieriger eingefunden, die schweigend den Einzug der französischen Truppen zusahen. Es wird erzählt, ein einzelner habe „Vive la France" gerufen, worauf er vorläufig worden sei."

Major Tuffeau, der Führer des französischen Vorstoßes, begleitende Schiff dem Bürgermeister die Aufnahme der französischen Truppen als stiftet."

Sofort bildete sich eine Einheitsfront der ganzen Bevölkerung, alle Vereine, familiäre Gemeinschaft, gleich welcher Konfession und welchen Standes. Eleminiß wurde protestiert gegen das Vorgehen Frankreichs und gegen seine militärischen Mittelen. Man war bereit, höchste und äußte deutsch, und die Treue zum Vaterland gelobt Zurückerwinnung aller Äußeren Pläne, die man Westen der in und bedrängen. Diese Grundeinstellung der Saarbevölkerung ist heutzutage gelegentlich zum Ausdruck gekommen. Es z. B. in unserem Kreis bei der Abwegung der Verbände familiärer Gemeinschaften, Nationalorganisationen und Vereine in Stadt und Kreis Saarlouis am 7. März 1928, die mit Unterschriften der Nationalversammlung in Weimar vorgelegt wurde. Ist ihr heißt es u. a.: „Wir unterzeichneten Vereinsleute in Stadt und Kreis Saarlouis vertreten politischer Parteien, Arbeitnehmerorganisationen und Arbeitgeber namens der gesamten Einwohnerschaft des Kreises einmütig und feierlich den unabänderlichen Willen der Bevölkerung, am deutschen Vaterlande festzuhalten. Wir fühlen uns unlöslich mit dem Deutschen Reiche verbunden und erbeten namens der uns zu betreuen Schichter und Mitglieder nachdrücklich Einsprung gegen das immer mehr hervortretende und nicht nur von der französischen Presse, sondern auch von amtlichen französischen Stellen offen verkündete Verlangen, um Frankreich, einem uns innerlich fremden Staate, einzuverleiben. Wenn auch Teile des Kreises Saarlouis durch die Politik Ludwigs XIV. von Frankreich ihrem Einwohnende wurden gewaltsam entrissen werden, wenn auch die Stadt Saarlouis eine französische Gründung ist und erst 1815 zum Mutterlande zurückkehrte konnte, so handelt es sich dabei doch um geschichtlich herkömmliches Gebiet, besten Bewohner nach Abkommung